

ParlamentarierInnen im Nord-Süd Dialog



Inhalt

No. 10 / Jänner 2009

- 1 Veranstaltung „HIV/AIDS and Vulnerable Children – A call to parliamentary action“
- 4 Women Empowerment – ParlamentarierInnen in Mosambik engagieren sich gemeinsam mit autonomen Frauenorganisationen
- 5 Informationen aus dem Projektbeirat
- 5 Österreichische Entwicklungshilfe 2007 – Daten und Fakten
- 6 Lokalwahlen in Mosambik
- Joe Hanlon, Mozambique Political Process Bulletin
- 7 Africa-EU Strategic Partnership – The role of parliaments
- Pär Granstedt, AWEPA

Die TeilnehmerInnen der Veranstaltung „HIV/AIDS and Vulnerable Children“ und Nationalratspräsidentin Barbara Prammer setzen ein sichtbares Zeichen für betroffene Kinder und Jugendliche.

Foto: PK, HBF/WENZEL

HIV/AIDS and Vulnerable Children – A call to parliamentary action

Veranstaltung im Palais Epstein am
21. November 2008

Im Rahmen des Parlamentarischen Nord-Süd Dialogs wurde in Zusammenarbeit mit AWEPA (European Parliamentarians for Africa) und UNICEF Österreich ein ganz-tägiges Seminar zum Thema „Schutz von Kindern und

Jugendlichen vor den Auswirkungen von HIV/AIDS“ organisiert. Ein wichtiger Aspekt der Veranstaltung war der Aufruf zu einer stärkeren Einbindung von ParlamentarierInnen in Afrika und Europa bei der Festlegung von Maßnahmen zur Unterstützung von betroffenen Kindern und Jugendlichen, aber auch deren Familien, Gemeinschaften und letztendlich der jeweiligen Staaten.

HIV/AIDS trifft den afrikanischen Kontinent am stärksten und ist in zahlreichen Staaten vor allem des Süd-

Editorial



**Sehr geehrte Frau Abgeordnete,
sehr geehrter Herr Abgeordneter,**

angesichts der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise, die die Gefahr von Massenarbeitslosigkeit und Verarmung von Millionen Menschen in sich birgt, sind mehr denn je wirksame politische Antworten notwendig. ParlamentarierInnen haben hier eine spezielle Verantwortung im Bereich der Budgetkontrolle und in der Kontrolle der von der Regierung gesetzten Maßnahmen zu tragen.

Viele in NGOs engagierte Menschen befürchten, dass angesichts von finanziellen Verlusten der Menschen in Europa und auch in Österreich die Bereitschaft für Hilfsprojekte im Süden zu spenden zurück gehen wird und auch die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit nicht im notwendigen Ausmaß dotiert wird. Eine solche Entwicklung hätte fatale Auswirkungen für die schon jetzt benachteiligten Länder vor allem im Südlichen Afrika. Für die Erreichung der UN-Millenniumsziele wäre dies ein großer Rückschlag.

In einer globalisierten Welt wird jeder gemachte politische Fehler auch bei uns spürbar. Bedrohungen durch den Klimawandel, Migration und internationale Sicherheitsprobleme sind schon real geworden und daraus sollten wir lernen und eine kohärente Entwicklungspolitik verfolgen. Unsere Broschüre „Politikkohärenz im Interesse der Entwicklung“ zeigt hier konkrete politische Möglichkeiten für ParlamentarierInnen auf.

Der Parlamentarische Nord Süd Dialog zählt daher auch in seiner zweiten Projektphase auf die Unterstützung der Abgeordneten des Österreichischen Parlaments.

lichen Afrika ein zusätzliches Entwicklungshemmnis. **Kinder und Jugendliche zählen zu der gesellschaftlichen Gruppe, die den Folgen der Epidemie besonders schutzlos gegenübersteht, denn sie verlieren Bezugspersonen und Lebensperspektiven.** Viele haben aufgrund des Verlustes von unterstützenden familiären und gemeinschaftlichen Netzwerken einen unzureichenden Zugang zu Nahrung, Kleidung, gesundheitlicher Versorgung oder Schulbildung. Weltweit gibt es über 15 Millionen AIDS-Waisen, davon 12 Millionen in Afrika.

In ihren Eröffnungsworten verwies **Nationalratspräsidentin Barbara Prammer** auf diese prekäre Situation in den Ländern des Südens. **Eine Verbesserung sei nur zu erwarten, wenn es gelinge, die Anstrengungen im Kampf gegen HIV/AIDS weltweit zu intensivieren.** In diesem Zusammenhang begrüßte sie die Kooperation mit AWEPA und UNICEF. Dies sei ein positives Signal in Bezug auf eine stärkere Vernetzung der Entwicklungszusammenarbeit zwischen Nord und Süd, aber auch für die **wachsende Bedeutung** von ParlamentarierInnen in diesem Prozess. Präsidentin Prammer zeigte sich erfreut über die Anwesenheit zahlreicher internationaler und nationaler ExpertInnen und TeilnehmerInnen aus dem parlamentarischen und dem NGO-Umfeld, und schloss mit einem Aufruf die internationalen Bemühungen und die Hilfe für die von der Epidemie Betroffenen zu intensivieren.

Für AWEPA **Präsident Jan Nico Scholten** stellt die Situation von Millionen von Kindern, die unter HIV/AIDS und seinen Folgen leiden, eine der größten Ungerechtigkeiten dieser Welt dar. Im Mit-

telpunkt des Seminars stand für ihn vor allem die Frage, was europäische ParlamentarierInnen tun können um zu helfen. Im Verlauf des Seminars wurden dazu vor allem die Aspekte **Lobbying und Öffentlichkeitsarbeit** als wichtiger Beitrag hervorgehoben – durch parlamentarische Debatten zum Thema **Erhöhung der Budgetmittel für Entwicklungszusammenarbeit** im Allgemeinen und **bilaterale Unterstützung der Gesundheitssektoren betroffener Staaten** im Speziellen.

Auch die Förderung der internationalen **Forschung und Entwicklung von AIDS-Impfstoffen** durch die Länder des Nordens wurde als wichtiger Anteil zur Bekämpfung der Pandemie herausgestrichen, der von europäischen Abgeordneten unterstützt werden kann. AWEPA tritt seit Jahren aktiv dafür ein, dass die **Rolle von Parlamenten und ParlamentarierInnen im Bereich der Ausarbeitung, Implementierung und vor allem Kontrolle von Programmen und Projekten der Entwicklungszusammenarbeit aufgewertet wird.** Wie **Katharine Bulbulia, AWEPA Senior Political Advisor**, im Verlauf des Seminars feststellte, haben diese Forderungen in den letzten Monaten auf internationalen Konferenzen Gehör gefunden und sind in verschiedenen Aktionsplänen wie beispielsweise der „Accra Agenda for Action“ verankert worden.

Der **UNICEF-Österreich Sonderbeauftragte** zum Thema HIV/AIDS, **Rudolf Nagiller**, verwies auf die wachsende Hoffnung, die er dort registriert, wo die **professionelle Hilfe und Arbeit von UNICEF den Betroffenen bei der Bewältigung ihrer Probleme helfe.** Die UNI-

Abb. rechts außen:
V.l.n.r. Hon. Lediana Mafuru (Abg. Tansania), Dr. Gottfried Mernyi (Plattform gegen HIV/AIDS), Moderatorin Maria Jonas, Dennis Nduhura (ACORD Uganda) und Katharine Bulbulia (AWEPA Irland) bei der Podiumsdiskussion.

Abb. rechts:
Hon. Philip Okundi (Abg. Kenia) und Henriette Ahrens (UNICEF New York)

Foto: PK, HBF/WENZEL



Ihre

NR a. D. Inge Jäger

CEF-Kampagne „Unite for Children – Unite against AIDS“ ist für ihn in diesem Zusammenhang eine positive und Erfolg versprechende Initiative. **Henriette Ahrens von UNICEF New York** stellte jedoch fest, dass es noch immer ein zu geringes Bewusstsein darüber gäbe, in welcher Form Kinder und Jugendliche von der Epidemie betroffen sind. Deshalb sei es neben konkreten gesundheitsfördernden und präventiven Maßnahmen auch wichtig, **Kinder und Jugendliche verstärkt in jeweilige internationale und nationale HIV/AIDS Agenden zu integrieren.**

Die ReferentInnen aus afrikanischen Staaten, **Hon. Lediana Mafuru (Tansania)**, **Hon. Philip Okundi (Kenia)**, **Dennis Nduhura (Uganda)**, **Dr. Sheila Tlou (Botswana)** und **Hon. Isaù Meneses (Mosambik)**, berichteten über die jeweilige Situation in ihren Ländern und die größten Herausforderungen, mit denen sich der Staat, die NGOs und die Zivilgesellschaften konfrontiert sehen. Einhellig wurde festgestellt, dass aufgrund der großen Armut vieler Menschen in Afrika und eines zusehends zusammenbrechenden sozialen Netzes, d.h. des Systems der (innerfamiliären) solidarischen Unterstützung in Krisensituationen, **HIV-positive Kinder und Jugendliche sowie AIDS-Waisen besonders benachteiligt sind.** Die Stigmatisierung von HIV/AIDS ist eine erste Hürde, zu deren Überwindung Führungspersonlichkeiten wie ParlamentarierInnen durch Aufklärungsarbeit wertvolle Arbeit leisten können.

In Tansania wurde eine parlamentarische Koalition gegen HIV/AIDS ins Leben gerufen, in anderen Ländern gibt

es spezielle AIDS-Ausschüsse im Parlament, die sich u. a. mit Datenerhebung und der Ausarbeitung von adäquaten Maßnahmen befassen.

Ein rigides Regierungsprogramm, großzügige Budgetallokationen, die u. a. ein kostenfreies AntiRetroViral-Programm ermöglichten, Prävention und die Stärkung der gesellschaftlichen Stellung der Frau führten in Botswana zu entscheidenden Erfolgen. Die ganzheitliche Unterstützung der betroffenen Familien stellt den Fokus im so genannten „Family Centred Approach“ in Uganda dar. Wichtig ist in jedem Kontext die **kontinuierliche Begleitung und Kontrolle von Programmen sowie die Koordination von staatlichen und zivilgesellschaftlichen Diensten** – Forderungen, bei deren Umsetzung ParlamentarierInnen eine entscheidende Rolle spielen.

Eine **große Herausforderung** stellt die **steigende Zahl der betroffenen Kinder und Jugendlichen** sowie das **Fehlen von ausreichenden und adäquaten finanziellen, materiellen und Humanressourcen** in den Ländern des Südens dar. Gerade in diesem Zusammenhang ist das verstärkte Engagement der internationalen Entwicklungszusammenarbeit gefordert.

Österreichs ParlamentarierInnen sind – auch im Hinblick auf die in **Wien 2010 stattfindende Welt-AIDS-Konferenz** – aufgefordert, sich im **verstärkten Dialog mit europäischen und afrikanischen ParlamentarierInnen** für die Anliegen der betroffenen Kinder und Jugendlichen, Familien und Staaten einzusetzen und die **Arbeit von UNICEF und AWEPA International aktiv zu unterstützen.**



Hon. Isaù Meneses,
Abgeordneter des
Mosambikanischen
Parlamentes und
Vorsitzender des
HIV/AIDS Komitees

Foto:
PK, HBF/WENZEL

2 Fragen an Hon. Isaù Meneses, Abgeordneter des Mosambikanischen Parlamentes und Vorsitzender des HIV/AIDS Komitees

Im Rahmen der Partnerschaft zwischen dem österreichischen und dem mosambikanischen Parlament nahm der Abgeordnete Hon. Meneses an dem Seminar teil. Mosambik ist mit einer Prävalenz-Rate von 16,1 % der erwachsenen Bevölkerung eines der am stärksten von HIV/AIDS betroffenen Länder Afrikas.

Hon. Meneses, welche Initiativen wurden in Mosambik im Kampf gegen die HIV/AIDS Epidemie entwickelt?

Seit dem Jahr 2000 gibt es in Mosambik ein Nationales Kollegium im Kampf gegen AIDS, das in allen Provinzen vertreten ist und alle staatlichen und zivilgesellschaftlichen Aktivitäten koordiniert und kontrolliert. Dies und zwei Nationale Strategische Pläne garantieren den notwendigen offenen und kontinuierlichen Umgang mit dem Thema.

Wie werden betroffene Kinder und Jugendliche unterstützt bzw. miteinbezogen?

Wir haben einen spezifischen Plan so genannter „Runder Tische“ erarbeitet, die regelmäßig in allen Provinzen abgehalten werden, und zu denen VertreterInnen der Regierung, des Parlaments, der Zivilgesellschaft und vor allem betroffenen Kinder und Jugendliche angehört werden. Diese Einrichtung hat die Interaktion aller Beteiligten wesentlich erhöht und somit auch die Effektivität nachfolgender Maßnahmenpakete.

Hon. Meneses, vielen Dank für Ihre Ausführungen und wir hoffen, im Rahmen der Partnerschaft unserer Parlamente auch auf die HIV/AIDS Problematik positiv einwirken zu können.



WOMEN EMPOWERMENT – ParlamentarierInnen in Mosambik engagieren sich gemeinsam mit autonomen Frauenorganisationen

AWEPA Frauenkonferenz 22. und 23. September 2008 in Chimoio

Seminar zur Förderung der Partnerschaft und der Kommunikation zwischen dem parlamentarischen Frauenausschuss (Gabinete da Mulher Parlamentar; GMP) und zivilen Frauenorganisationen

Der parlamentarische Frauenausschuss und die zivilen Frauenorganisationen Mosambiks trafen sich 2006 erstmals um Aktionen zu koordinieren, die Frauenrechte in Mosambik auf rechtlicher Ebene zu stärken suchten. Im September 2008 trafen sich 83 TeilnehmerInnen aus vier Provinzen zur ersten von AWEPA organisierten Frauenkonferenz – Abgeordnete aus den Provinzen, Frauen von NGOs und VertreterInnen von Gemeinden. Ebenfalls teilgenommen haben AWEPA Präsident Dr. Jan Nico Scholten, die Abgeordnete Rosita Runegrund (Schweden) und NR a. D. Inge Jäger (Österreich).

Inhaltlicher Schwerpunkt der Konferenz war die Präsentation eines Gesetzesentwurfes zum Thema Gewalt an Frauen und Kindern im Familienbereich, der im Herbst 2008 im mosambikanischen Parlament zur Abstimmung kam. Zudem wurden Forderungen nach einer stärkeren politischen Involvierung von Frauen zur Erreichung der UN-Millenniums-Entwicklungsziele gestellt und eine Evaluierung über den Stand der Koordination zwischen dem parlamentarischen Frauenausschuss

und Frauen aus zivilen Frauenorganisationen seit 2006 durchgeführt.

Interessant waren die plakativen Darstellungen der vielfältigen Beispiele der gesellschaftlichen, sozialen, wirtschaftlichen und politischen Problematiken, mit denen Frauen in ihren Familien, Gemeinschaften und Provinzen täglich konfrontiert sind.

Vehement gefordert wurde die möglichst rasche Verabschiedung eines wirksamen Gesetzes zum Schutze von Frauen und Kindern gegen häusliche Gewalt, da sehr viele Frauen und Kinder in Mosambik betroffen sind. Ein besonderes Anliegen war in diesem Zusammenhang, dass ein solches Gesetz – um wirksam zu sein – vor allem in den Gemeinden die notwendige Unterstützung und Implementierung finden muss. Sollte dies nicht funktionieren, wird auch das Gesetz schwach bleiben. Große Hoffnung setzten die Frauen hier auch auf die weitere Unterstützung seitens AWEPA bei der Umsetzung ihrer Anliegen bei den lokalen Behörden und Organisationen.



Im Rahmen der Konferenz besuchten einige Seminarteilnehmerinnen eine von HIV/AIDS betroffenen Familie in Chimoio.

Foto: AWEPA

Informationen aus dem Projektbeirat

Der Beirat des Projektes Parlamentarischer Nord-Süd Dialog traf sich am 17. Dezember 2008 das erste Mal in der zweiten Projektphase, um die strategische Richtung der Projekteinhalte abzustimmen. Durch die Nationalratswahlen im September und daraus resultierenden personellen Änderungen in den entwicklungspolitischen Ausschüssen der FPÖ und des BZÖ hat sich die Zusammensetzung des Beirates geringfügig geändert. Neu im Beirat vertreten sind NR Dr. Johannes Hübner und NR Gerhard Huber. Nationalratspräsidentin Barbara Prammer fungiert nach wie vor als Vorsitzende, NR Petra Bayr und NR Franz Glaser als stellvertretende Vorsitzende. Unverändert im Beirat vertreten sind NR Ulrike Lunacek sowie VertreterInnen der einzelnen Politischen Akademien, der Parlamentsdirektion und des VIDC. In der Sitzung berichtete die Projektleitung über bisherige und

geplante Aktivitäten der zweiten Projektphase (Juli 2008 bis Juni 2010), sowie über die Veranstaltung „HIV/AIDS and Vulnerable Children – A call to parliamentary action“ vom 21. November 2008.

In Bezug auf die Planung für das Projektjahr 2009 wurden folgende zentrale Aktivitäten definiert:

- Trainingsprogramm für vier MitarbeiterInnen des mosambikanischen Parlaments (Frühjahr und Herbst) im österreichischen Parlament zu ausgewählten Themen
- Besuch einer Delegation des mosambikanischen Parlaments (Frühjahr)
- Ein ExpertInnen-Meeting zu den Themen Budgethilfe/Budgetkontrolle/ Gender Budgeting
- Unterstützung des mosambikanischen Parlaments beim Erwerb einer IT-Ausstattung

- Eine Veranstaltung zum Thema Direkte Budgethilfe und Budgetkontrolle (voraussichtlich Juni)
- Fair-Trade Veranstaltungen
- 4 Newsletter (davon eine Doppelausgabe)
- Eine Ausgabe des Bulletins für das mosambikanische Parlament

Diskussionspunkte in der Sitzung waren unter anderem Fragen nach den Outputs der ersten zwei Projektjahre und der Schwerpunkte der AWEPA Sektion im kommenden Jahr. Die AWEPA Sektion im österreichischen Parlament, die derzeit 51 Mitglieder umfasst, soll künftig durch intensiveren schriftlichen und persönlichen Kontakt über Aktivitäten von AWEPA International informiert und verstärkt in Aktivitäten eingebunden werden.

Österreichische Entwicklungspolitik 2007 – Daten und Fakten

Die kumulierten Finanzflüsse Österreichs an Entwicklungsländer und multilaterale Organisationen betrugen im Jahr 2007 € 15 Mrd.. Außergewöhnlich hoch, nämlich rund € 14 Mrd. (94% der Gesamtleistung), waren 2007 die „privaten Leistungen zu marktüblichen Bedingungen“ – also private Direktinvestitionen in Entwicklungsländer und private Exportkredite.

Auch der Anteil der Zuschüsse privater Hilfsorganisationen war mit € 90 Mio. – wie in den Vorjahren – auf sehr hohem Niveau und spiegelt die Bereitschaft der österreichischen Zivilgesellschaft wider,

ihren Teil an der Entwicklungszusammenarbeit zu leisten.

Die als öffentliche Entwicklungshilfe (ODA – Official Development Assistance) gemeldeten Leistungen, betrugen im Jahr 2007 € 1,3 Mrd.. Das sind 6% der Gesamtleistung. Entschuldungsmaßnahmen bildeten dabei mit 51,12% den größten Anteil, womit Österreich bei der Anrechnung der Entschuldungsmaßnahmen im Vergleich zu anderen Staaten extrem hoch liegt. In den skandinavischen Ländern liegt dieser Anteil im Schnitt bei 2%, bei einer ODA von durchschnittlich 0,7% des BNP. Dies

bedeutet, dass in diesen Ländern traditionell ungleich mehr Gelder auch tatsächlich in die Entwicklungszusammenarbeit fließen.

Aufgeschlüsselt auf Ministerien stammen rund drei Viertel der österreichischen ODA direkt aus dem Budget des Finanzministeriums – bedingt durch den hohen Anteil an Entschuldungsmaßnahmen, die Leistungen an internationale Finanzinstitutionen sowie aufgrund der Kompetenz des BMF für die Beiträge zur EU. Der Anteil der durch das Dreijahresprogramm gestaltbaren entwicklungspolitischen Programme und Pro-

jekte die von der **ADA (Austrian Development Agency)** durchgeführt werden, betrug € 92 Mio.. Der ADA-Anteil war damit nur unmerklich höher als der Anteil privater Organisationen an den gesamten Finanzflüssen. Der Rest verteilte sich auf die Budgets des Wissenschafts-, Unterrichts-, und Außenministeriums, etwa für Studienplatzkosten, Stipendien oder Beiträge an UN-Organisationen. Das Bundesministerium für Inneres hat € 25 Mio., umgerechnet 1,9%, als Kosten für die Betreuung von Asylwerbern bei der ODA gemeldet. Die Gesamtleistung der Länder und

Gemeinden innerhalb der ODA betrug rund 22 Mio. €. Aufgrund des **Auslaufs der HIPC-Initiative** (Entschuldung für *Heavily Indebted Poor Countries*) wird der Anteil der Entschuldung innerhalb der ODA Leistungen Österreichs drastisch sinken. **Österreich wird daher die internationale Zielsetzung, die ODA bis 2010 auf 0,51% des BNP anzuheben, nur durch eine wesentliche Erhöhung der Budgetmittel erreichen können.** Ein Unterfangen, das angesichts der aktuellen wirtschaftspolitischen Situation von einigen als unrealistisch eingestuft wird. Es bleibt jedoch die Tatsache, dass

eine **Erreichung der UN-Millenniumsziele im Jahr 2015** nur durch **kohärente Politik, effiziente Entwicklungszusammenarbeit** und eine **merkliche Erhöhung der ODA-Mittel aller Geberländer** möglich sein wird. Den ausführlichen Bericht zur Österreichischen Entwicklungspolitik 2007 finden Sie in der Broschüre „Österreichische Entwicklungspolitik 2007 – Financing for Development“. Diese ist zum Preis von € 12,- in der ÖFSE erhältlich oder via E-Mail: a.croes@oefse.at zu bestellen.



ÖFSE – Österreichische Forschungsstiftung für Internationale Entwicklung
Österreichische Entwicklungspolitik 2007 Analysen, Informationen
Themenschwerpunkt: Financing for Development

Die aktuelle Ausgabe der Publikation widmet sich dem Schwerpunktthema „Financing for Development“. Die Broschüre beschäftigt sich mit verschiedenen Aspekten der internationalen Entwicklungsfinanzierung, insbesondere der Zukunft der öffentlichen Entwicklungsfinanzierung und der Regulierung der Finanzmärkte.

Der *zweite Teil* der Publikation enthält eine Übersicht über die gesamten Finanzflüsse Österreichs an Entwicklungsländer in den Jahren 2003 bis 2007. Neben der Öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit werden auch die privaten Finanzierungen und Investitionen sowie die privaten Zuschüsse von NGOs dargestellt und analysiert.

Lokalwahlen in Mosambik

Joseph Hanlon, Mozambique Political Process Bulletin

Herausgegeben von AWEPA (European Parliamentarians for Africa) und CIP (Centro de Integridade Publica) – zusammengefasst und aus dem Englischen übersetzt

Am 19. November 2008 wurden in Mosambik landesweit Wahlen zum Bürgermeister (Presidente do Conselho Municipal) und zu Stadt- bzw. Gemeinderäten (Assembleia Municipal) in 43 Städten und Gemeinden abgehalten.

Der offizielle Wahlkampf mit Kundgebungen, Paraden, Postern und Flugblättern vom 4. bis zum 16. November verlief weitgehend ruhig. Vereinzelt kam es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Anhängern der Regierungs- und Oppositionsparteien, in denen zumindest ein Mensch getötet wurde. Zahl-

reiche AktivistInnen wurden wegen Verstößen gegen das Wahlkampfgesetz kurzzeitig inhaftiert – zwei Menschen wurden wegen des Herunterreißens von Postern der Regierungspartei FRELIMO von der Polizei angeschossen.

Die **Regierungspartei FRELIMO** hatte im Wahlkampf aufgrund ihrer Dominanz einen überwältigenden Vorteil gegenüber der **Oppositionspartei RENAMO**, die ohne zentrales Wahlkampfbüro ihre Kampagne von lokalen Büros aus und mit limitierten Mitteln durchführte. Kleinere Parteien und Bürger-

listen spielten in diesem Wahlkampf nahezu keine Rolle.

Das Wahlgesetz versucht zwar etwaige Vorteile zu limitieren und enthält beispielsweise **Fairness-Regelungen für die regierungseigenen Medien oder das Verbot des Gebrauchs von Staatseigentum** für den Wahlkampf. Diese Regeln wurden auch weitgehend befolgt. Dennoch gab es entscheidende Ausnahmen – allerdings in einem geringeren Ausmaß als noch bei den Lokalwahlen 2003. Es wurden Staatsressourcen wie Autos, Motorräder oder Treibstoff für die Kam-



Abb. rechts außen:
Wahlbeobachterin
am Wahltag
Abb. rechts:
Lange Schlangen
von WählerInnen
vor den Wahllokalen
Fotos:
AWEPA Mosambik

pagnen benutzt. Beispiele dafür sind die Verteilung von Treibstoff an TeilnehmerInnen einer FRELIMO-Parade in Beira, das Engagement von Regierungsbeamten im Wahlkampf (anstatt ihrer Arbeit nachzugehen), oder das Aufhängen von FRELIMO-Postern in Regierungsgebäuden, Schulen, Krankenhäusern und teils sogar in Wahllokalen.

Durch neue Wahlbestimmungen waren mehr nationale und internationale WahlbeobachterInnen und Diplomaten zugelassen und alle wesentlichen, vormals geheimen, Dokumente waren bei dieser Wahl öffentlich zugänglich. Die Stimmen wurden in jedem Wahllokal unter Anwesenheit von Presse, BeobachterInnen und Parteidelegierten öffentlich ausgezählt – etwas, das in der Vergangenheit von der Wahlkommission ge-

heim durchgeführt wurde. Zudem gab es parallele Auszählungen, etwa von Radio Mozambique.

Am Wahltag kam es zu langen Warteschlangen vor den Lokalen, welche großteils zeitgerecht öffneten und zum Teil länger offen hielten. Der Ablauf der Wahlen verlief ordnungsgemäß. Beschwerden bezogen sich darauf, dass die Polizei zu nahe an einigen Wahllokalen postiert war, was mancherorts zur Einschüchterung von WählerInnen führte. Die Listen der neuen, computergenerierten Registrierkarten waren nicht komplett, wodurch in einigen Fällen registrierte WählerInnen ihre Stimme nicht abgeben konnten. Die ausführlicheren, handschriftlichen Listen lagen nicht in allen Lokalen auf. Vorläufige Ergebnisse waren bei diesen Wahlen

durch parallele Auszählungen und einer generell höheren Transparenz schnell zugänglich.

Insgesamt hat die Oppositionspartei RENAMO massive Verluste hinnehmen müssen. Sowohl bei den Bürgermeisterwahlen als auch jenen zum Gemeinderat/Stadtrat setzte sich die FRELIMO eindeutig durch und gewann in 41 bzw. 42 von 43 Gemeinden (bei den Lokalwahlen 2003 konnte RENAMO noch in 5 Gemeinden die Mehrheit stellen). In Beira gewann der Kandidat einer Kleinpartei, der vormals populärer RENAMO Bürgermeister war, und in Nacala kam es nach der offiziellen Auszählung der Nationalen Wahlkommission zu einer Stichwahl. Die Wahlbeteiligung lag mit 46 % wesentlich höher als noch vor fünf Jahren.

Africa-EU Strategic Partnership – The role of parliaments

Pär Granstedt, CEO and Secretary General of AWEPA

Africa and Europe have interacted closely for a long time. Europe, however cannot be too proud of the role it has played in the history of its sister continent. Slave trade, colonialism, economic exploitation... Now climate change, the result of over consumption in the rich world, seems to become the next plague inflicted on our neighbours to the south. Therefore the EU-Africa strategic partnership needs, for a change, to become something of really mutual benefit. The first European Union–Africa Summit

took place in Cairo in 2000, with the aim of redefining the traditional donor-recipient relationship between the EU and African countries in receipt of EU aid. Today the EU remains the largest donor of aid to Africa. In December 2005 25 EU Heads of State adopted a new framework, entitled “The EU and Africa: Towards a Strategic Partnership.” With this strategy, the EU aimed to define a comprehensive relationship with the African continent as a whole. Separate to this the AU developed the “AU

Constitutive Act and Strategic Framework for 2004-2007.” At the second EU-Africa summit, held in Lisbon in December 2007 the Africa-EU Strategic Partnership (Joint Strategy) was adopted.

It tackles four areas of Africa-EU relations:

- a) Peace and security;
- b) Regional integration and trade;
- c) Governance and human rights; and
- d) Key development issues.

Broadly, stakeholders in the Strategy aim to:

- Establish a **long-term Africa-EU alliance** across the spectrum of foreign policy interests, from security to trade relations and development cooperation;
- **Mobilise effective mechanisms** to achieve the **Millennium Development Goals**;
- **Share experiences and exchange expertise** between the two continents;
- **Drive integration** of African states into the global economy; and
- Establish “a **permanent platform for information, participation and mobilization of a broad spectrum of civil society actors**” through “ongoing dialogue with civil society, the private sector and local stakeholders.”

At the close of the 2007 summit, stakeholders issued an **Action Plan for implementation of the Strategy from 2008-2010**. The Action Plan includes recommendations for strengthening the African Charter on Democracy, Elections and Governance, building a common agenda for climate change policies, and establishing the finances and policy base for attainment of the MDGs.

The EU-Africa development cooperation has relevance in the EU-Africa peace facility which has served as critical support for AU missions to Sudan and Somalia. The Strategy further formalises the EU's role in post-conflict reconstruction and development. The Strategy reaffirms African and European commitments to continue implementation of

the Paris Declaration on aid effectiveness. The European Commission has stressed that the Joint Strategy serves to “strengthen the formal structures of dialogue” between EU and African institutions, including those that deal with development assistance.

There are some **controversial issues**. For example the Joint Strategy does not specify the extent to which the EU can define which development projects it supports in Africa (a sort of policy conditionality), or whether the EU should give full leadership in aid allocation to African governments and the AU. The Strategy does not define how EU member states should handle the debt of African states, and whether the EU should accelerate HIPC (Heavily Indebted Poor Countries Initiative). The Pan African Parliament issued a statement that asserts that the EU and AU should amend the Strategy to make clear provision for parliaments to exercise the scrutiny for which they have a popular mandate. The Strategy serves an ambiguous role in relation to EU efforts to negotiate EPAs (Economic Partnership Agreements) with African states. Some MPs and CSOs have claimed that the Strategy has too large a scope and creates feel-good paper without substance. Some media have criticised the Joint Strategy as a vehicle for the pursuit of national interests under the cover of human rights and development concerns.

Evidently much remains to be done to move the Strategy from the realm of diplomacy to that of democracy. **It needs**

to be part of everyday policymaking in both Africa and Europe, and there must be transparency and accountability. Here the involvement of parliaments and parliamentarians is crucial. AWEPA – European Parliamentarians for Africa is committed to do what it can to facilitate such a North-South Parliamentary dialogue.

Quotation – Joint EP-PAP Statement on the Joint EU-Africa Strategy, October 2007

“The parliamentary dimension of a people-centred EU-AU partnership should be evident, because parliamentary representatives reflect the views of the citizens they represent. Parliaments are therefore an essential element of the governance mix; without functioning parliaments, there can be no democracy.”

Resources

AU-EU Partnership
<http://www.africa-eu-partnership.org/thematic2.php?thematic=how>

UK House of Commons European Standing Committee Debate on EU-Africa Strategy Partnership, October 2007
<http://www.publications.parliament.uk/pa/cm200607/cmgeneral/leuro/071023/71023s01.htm>

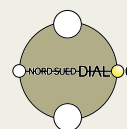
Bond web portal on Africa-EU Joint Strategy
<http://www.bond.org.uk/pages/african-voices.html>

BBC Monitoring of European and African Media Comment
<http://news.bbc.co.uk/2/hi/euro/7136540.stm>

www.nordsued-dialog.org

Besuchen Sie unsere Website!

Dort finden Sie detaillierte Informationen zum Projekt und zu den hier behandelten Themen.



Gefördert durch Österreichische
Entwicklungszusammenarbeit



Gemeinnützige Entwicklungszusammenarbeit GmbH (GEZA)
Hollergasse 2-6 | A-1150 Wien | Österreich | FN294642Y HG Wien
Tel: +43 (0) 1 89 145-343
office@nordsued-dialog.org | www.nordsued-dialog.org
Bankverbindung: Erste Bank | Konto 288-153-485/00 | BLZ 20 111

Redaktion: Ingrid Pranger, Jutta Kepplinger, Inge Jäger
Layout/Satz: kest – strategie, kommunikation, design. Linz | www.kest.net
Druck: Direkta Druck, Linz | www.direkta.at

Dieses Dokument wurde mit finanzieller Unterstützung der Österreichischen Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit erstellt. Die darin vertretenen Standpunkte geben die Ansicht der Redakteurinnen und AutorInnen wieder und stellen somit nicht die offizielle Meinung der Österreichischen Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit dar. Dieser Newsletter wird in der Projektlaufzeit (Juli 2008 bis Juni 2010) insgesamt achtmal herausgegeben.

